

wären wahrlich unternehmerische Ueberlegungen, selbst wenn sie von der Prämienseite her diktiert würden.

Zum Schluss: In welcher Form setzt man solche Anliegen durch? Doch wohl nur mit dem schweren Geschütz einer Motion, mit der ich übrigens seit dieser Weinernte schwanger gehe. Der Bundesrat soll doch nicht nur unverbindlich auf eine Interpellation antworten, sondern er soll die Meinung des Parlamentes kennen, kombiniert mit einem klaren Auftrag. Vorerst galt es nun allerdings, das Resultat dieser heutigen Interpellation abzuwarten. Ich habe mir alles vorbehalten. Die Motion liegt auf dem Tisch. Ich werde sie sofort einreichen, trotz den Zusicherungen, die ich heute gehört habe und die wir glauben. Mit der Entgegennahme dieser Motion kann sich der Herr Bundespräsident nicht nur einen Doktorhut einer kalifornischen Universität erwerben, sondern auch einen der schweizerischen Weinbauern! Ich danke Ihnen; die Motion wird eingereicht.

**Präsident:** Wünscht sich Herr Bundespräsident Furgler noch zu äussern?

**Bundespräsident Furgler:** Ich kann zwei Sätze sagen: Ich kenne die militärische Schlagkraft von Herrn Steiner. Ich hatte in der gleichen Zeit wie er ein Kommando, wobei wir uns viele Male trafen. Meine Antwort hier war nicht so unverbindlich, wie er sie offensichtlich interpretiert hat. Ich werde dementsprechend wirklich alles tun, um als Antwort auf die jetzt von den beiden Schaffhauser Standesvertretern vorgebrachte Notlage Mittel und Wege für eine Lösung zu finden. Mehr kann ich nicht sagen. Es bleibt bei dem, was ich erklärt habe.

85.936

**Dringliche Interpellation Jagmetti  
Genfer Gipfel aus Schweizer Sicht  
Interpellation urgente Jagmetti  
Sommet de Genève dans l'optique suisse**

*Wortlaut der Interpellation vom 3. Dezember 1985*

Das Gipfeltreffen von Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow vom 19. bis 21. November 1985 in Genf hat gezeigt, dass die Schweiz internationale Gespräche von hoher Bedeutung fördern kann, indem sie ihre Dienste als Gastgeberstaat zur Verfügung stellt und die für einen erfolgreichen Verlauf unerlässlichen Rahmenbedingungen schafft. Dafür sind zweifellos nicht nur äussere Massnahmen erforderlich, sondern auch eine Atmosphäre der Offenheit und die Vertrauenswürdigkeit des Gastgeberstaates. In diesem Zusammenhang frage ich den Bundesrat:

1. Welches sind die Folgerungen, die sich aus den eigenen Erfahrungen und den Reaktionen der beteiligten Staaten für die weiteren Bemühungen der Schweiz zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit ergeben?
2. Kann die Schweiz im Rahmen ihrer Rolle als Gastgeberstaat auch in aktiver Weise tätig werden und dabei insbesondere für die Achtung der Menschenrechte eintreten sowie einen Beitrag auf dem Wege zur Friedenssicherung leisten?

*Texte de l'interpellation du 3 décembre 1985*

La rencontre au sommet du Président Reagan et du Secrétaire général Gorbatchev, qui s'est tenue à Genève du 19 au 21 novembre 1985, a démontré que la Suisse a un rôle à jouer dans les grandes négociations internationales. Elle a pu ainsi offrir ses services comme Etat hôte et créer les conditions indispensables au bon déroulement de ces rencontres. Pour mener cette mission à bien, la Suisse a été appelée non seulement à assurer une bonne organisation

générale, mais aussi et surtout à favoriser un esprit d'ouverture et à se montrer digne de la confiance qui lui était faite. Ces considérations m'amène à poser les deux questions suivantes au Conseil fédéral:

1. Quelles leçons pouvons-nous tirer tant de notre expérience du sommet de Genève que des réactions qu'il a suscitées chez les Etats participants, pour définir le rôle futur de la Suisse en faveur de la coopération internationale?
2. La Suisse peut-elle aussi, en sa qualité de pays hôte, prendre une part active à ces négociations, en particulier par un engagement renouvelé en faveur des droits de l'homme et par sa contribution au processus de paix?

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Andermatt, Arnold, Aubert, Bauer, Binder, Brahier, Bühler, Cavelti, Debétaz, Ducret, Gadiant, Genoud, Hophan, Jelmini, Kündig, Lauber, Masoni, Matossi, Meier Hans, Meier Josi, Meylan, Muheim, Piller, Reichmuth, Reymond, Schaffter, Schmid, Schoch, Schönenberger, Steiner, Stucki, Weber, Zumbühl (33)

**Jagmetti:** Genf stand von Mitte November an für eine Woche im Blickpunkt der Weltöffentlichkeit. An die Gespräche, die Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow am 19. und 20. November in unserem Land führten, knüpften sich grosse Erwartungen. Die Erklärungen, die am 21. November abgegeben worden sind, zeigen, dass der Dialog von den Teilnehmern selbst als offen und nützlich betrachtet worden ist und zu einem besseren gegenseitigen Verständnis beigetragen hat. Das Ergebnis mag wenig sensationell wirken, und doch sind solche direkten Kontakte der führenden Staatsmänner der Weltmächte, wie wir alle wissen, von grösster Bedeutung.

Als Ereignis ist das Gipfeltreffen abgeschlossen. Es sollte aber nicht einfach als Vorgang zur Kenntnis genommen werden, sondern auch Anlass bilden, uns auf die Rolle der Schweiz in der Völkergemeinschaft zu besinnen. Gewiss, die Führung der Aussenpolitik ist nach unserer Verfassung Sache des Bundesrates. Die Staatsvertragskompetenz der Bundesversammlung und die Verantwortung des Parlaments für die äussere Sicherheit des Landes sind aber Anlass, uns auch selbst mit dem internationalen Geschehen zu befassen, ganz abgesehen davon, dass sich das Schicksal unseres Landes nicht einfach von jenem der Völkergemeinschaft trennen lässt und wir deshalb ein eminentes Interesse an den Ereignissen auch ausserhalb unseres Landes haben.

Die Durchführung des Gipfeltreffens in Genf ist ein Beweis, dass die Schweiz das dafür unerlässliche Vertrauen der anderen Staaten genießt. Bei uns selbst fand die Uebernahme der Aufgabe des Gastgebers einhellige Zustimmung, obwohl sonst die Meinungen ja eher geteilt sind in der Frage, welche Rolle unser Staat in der organisierten internationalen Zusammenarbeit zu spielen hat. Ich werde jetzt zu einem längeren Exkurs über die Frage, welche Rückwirkungen der Beitritt der Schweiz zu den Vereinten Nationen auf solche Anlässe hätte, nicht ausholen.

In der Einleitung zu meinen Fragen habe ich darauf hingewiesen, dass sich unsere Disponibilität nach meiner Ueberzeugung nicht auf die Bereitstellung von Räumen und Infrastrukturen sowie auf die Gewährleistung der Sicherheit beschränken kann, so wichtig diese äusseren Voraussetzungen auch sind. Unerlässlich ist ein Geist der Offenheit und die eigene Bereitschaft zum Gespräch, auch wenn wir nicht Partner der Begegnung sind. Ich sehe die Verfügbarkeit der Schweiz zur Leistung von Diensten in diesem Sinne nicht als leeres Gefäss, sondern als Ausdruck des Engagements. Wir handeln nicht als Volk, das keine Werte kennt oder seine eigene Auffassung für eine gewisse Zeit verdeckt oder gar tarnt. Neutralität hat für uns nie das Fehlen einer Ueberzeugung bedeutet. Das gilt auch bei der Ausübung der Gastgeberrolle. Wir treten für die Werte ein, auf die sich unser Staatswesen stützt. Von dieser Position aus leisten wir Dienste in der Hoffnung, damit nicht einfach eine Begegnung zu ermöglichen, sondern – selbstverständlich bei aller Einsicht



in die Grenzen unseres Einflusses – einen Beitrag zur Verständigung zu leisten und unsere eigene Auffassung über die massgebenden Werte zur Darstellung zu bringen.

Meine erste Frage betrifft die Folgerungen, die sich aus der Durchführung des Gipfeltreffens für die weiteren Bemühungen unseres Landes zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit ergeben. Die an den Gesprächen selbst beteiligten Staaten haben sich positiv über die Erfüllung der Gastgeberaufgabe durch unser Land geäußert. Der Kongress der Vereinigten Staaten von Amerika hatte im voraus eine Resolution verabschiedet, die Präsident Reagan bei seiner Ankunft überbrachte und deren Text nun heute ausgeteilt worden ist. Darin drückt der Kongress seine Anerkennung für das aus, was die Schweiz auf der Suche nach Freiheit, Weltfrieden und Verständigung geleistet hat. Wir dürfen diese Äusserung befriedigt und dankbar zur Kenntnis nehmen, wir müssen uns aber gleichzeitig fragen, was zu unternehmen ist, um dieser Aufgabe auch in Zukunft gerecht zu werden. Dazu sind unsere eigenen Erfahrungen auszuwerten. Das gilt für die äusseren Voraussetzungen, die zu schaffen waren und die sich aus der Sicht des Betrachters auf Distanz bewährt haben, die zweckmässig gewesen sind und das erforderliche Mass erreicht haben. Es würde mich interessieren, ob der Bundesrat aus seiner viel präziseren Optik heraus diese Ansicht teilt. Der Rückblick und die Auswertung der Erfahrungen haben sich ausserdem auf die innere Bereitschaft zu beziehen, Gastgeber für Staatsmänner zu sein, die unterschiedliche Ansichten vertreten. Dieser Geist der Offenheit war, wie mir scheint, da und wird uns auch in Zukunft leiten müssen. Das bedeutet in meiner Sicht nicht Verzicht auf den eigenen Standpunkt. Die klare Position verträgt sich im Gegenteil durchaus mit der Bereitschaft, einen Ort der Begegnung mit der Beteiligung von Vertretern auch anderer Auffassung zu sein.

Damit komme ich zur zweiten Frage. Sie gilt dem eigenen Beitrag unseres Landes. Wir waren nicht Gesprächspartner und haben uns keine Rolle anzumassen, die uns nicht zukommt. Begegnungen dieser Art bieten aber doch den Behörden des Gastgeberstaates die Möglichkeit zu Gesprächen. Ich freue mich, dass der Bundesrat die Gelegenheit dazu wahrgenommen hat. Der eigene Standpunkt kann in diesem Zusammenhang zur Darstellung gebracht werden. Dabei stehen für mich zwei zentrale Anliegen im Vordergrund: die Menschenrechte und der Weltfriede.

Der Kampf um die Menschenrechte erschöpft sich nicht in einer einzigen Handlung. Das beharrliche Eintreten für die Wahrung der Würde des Menschen und für seine Freiheit ist eine Daueraufgabe. Gespräche mit den obersten Staatsmännern haben sich nach meiner Ueberzeugung besonders darauf zu beziehen. Die Schweiz ist seinerzeit an der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und auch bei andern Gelegenheiten dezidiert für die Menschenrechte eingetreten. Diese Bemühungen müssen unablässig fortgesetzt werden. Wir dürfen sicher auch hier unsern Einfluss nicht überschätzen, aber eine konsequente Politik, auch eines Kleinstaates, kann doch Auswirkungen haben. Dasselbe gilt nach meiner Ueberzeugung für die Wahrung des Friedens. Wir können diesen nicht von uns aus einfach sichern, aber wir können Dienste anbieten und für die Friedenserhaltung immer wieder eintreten. Ob sich am Gipfeltreffen dafür Gelegenheit bot, ist die Frage, die ich an den Bundesrat richte. Ich hoffe es, denn die Disponibilität ist für mich – ich wiederhole es – keine Dienstleistung unter Verzicht auf eigene Wertvorstellungen, sondern ein Handeln vom eigenen Standort aus und verbindet sich mit der Vorstellung einer die Freiheit und die Würde des Menschen achtenden Welt.

**M. Aubert**, conseiller fédéral: Je voudrais d'emblée vous remercier, Monsieur Jagmetti, de votre interpellation qui me permettra tout d'abord d'apporter quelques précisions concernant la rencontre Reagan-Gorbatchev et ensuite de vous donner quelques informations sur ce que nous faisons en matière de sécurité et en faveur des droits de l'homme. Une première analyse de cette rencontre Reagan-Gorbat-

chev permet de dire qu'elle a globalement répondu à ce que l'on pouvait en attendre. Des résultats plus tangibles auraient tenu du miracle. A l'inverse, la déception aurait été grande si les deux parties n'avaient même pas pu s'entendre sur un renouveau de leurs relations, ainsi que sur l'établissement d'un cadre propre à faciliter ce redémarrage dans l'avenir immédiat. Le principal bénéfice de la rencontre semble être avant tout de nature psychologique. Les deux hommes ayant passé de longues heures en tête à tête, ont appris à se connaître et ont eu l'occasion non seulement d'expliquer leur propre point de vue mais aussi, et peut-être surtout, de mieux saisir la manière dont l'autre percevait les problèmes. De ces explications, dont on nous dit qu'elles ont été très franches, il faut espérer qu'il résulte, à défaut d'un retour rapide de la confiance, une certaine amélioration du degré de prévisibilité des actions et réactions réciproques. En l'absence, dans un premier stade tout au moins, d'accords importants, cela devrait avoir en soi un impact positif sur le développement futur des affaires.

Les faits suivants devraient venir corroborer cette première analyse. Tout d'abord, une déclaration commune a été publiée, déclaration signée par M. Shultz, Secrétaire d'Etat, et par M. Chevardnadze, ministre des affaires étrangères, en présence du Président Reagan et du Secrétaire général Gorbatchev; ensuite, de nouvelles lignes de communication ont été établies; un agenda des problèmes à résoudre a été dressé; deux sommets ultérieurs ont été prévus, le premier à Washington et le second à Moscou; enfin, de nouvelles instructions seront données aux négociateurs américains et soviétiques dans toutes les enceintes où les deux pays se rencontreront. Contrairement à de précédents sommets, cette rencontre ne consistait donc pas à clôturer un processus de négociations mais bien plutôt à lui insuffler l'élan nécessaire. L'avenir dira si la volonté d'aboutir à des résultats mutuellement acceptables, parviendra à être traduite dans les faits.

En ce qui concerne notre pays, il apparaît, à l'issue de cette rencontre, que tant du côté américain que du côté soviétique, la valeur et le rôle de la neutralité suisse ont été relevés, appréciés et soulignés. Cela mérite d'être mentionné non seulement en relation avec notre politique de sécurité mais aussi en fonction de nos efforts pour promouvoir la coopération internationale dont M. Jagmetti a parlé. L'expérience montre en effet que notre neutralité permanente et la politique de neutralité constante et prévisible qu'elle implique nous mettent en position favorable pour gagner la confiance des parties susceptibles de faire appel à nous. Cette rencontre de Genève en est, en fait, elle-même une nouvelle illustration et dans ce contexte, nous avons, pour notre part, saisi l'occasion offertes par nos contacts avec les deux délégations venues à Genève pour réaffirmer notre disponibilité traditionnelle et la place qu'occupent les bons offices dans notre politique étrangère. Notre délégation a effectivement eu deux entretiens séparés, l'un avec la délégation américaine et l'autre avec la délégation soviétique, chacun ayant duré un peu plus d'une heure. C'est ainsi que nous avons assuré nos interlocuteurs que nous demeurions prêts à accueillir toute conférence ou réunion servant la paix et la coopération internationale, dans le même esprit que celui qui a présidé à la rencontre de Genève. Nous avons en outre réitéré notre proposition de participer concrètement à la mise en oeuvre de toutes mesures de confiance, de contrôle et de vérification qui viendraient à être décidées dans le domaine du désarmement. Il convient de rappeler encore une fois à ce propos que la Suisse est déjà active dans diverses enceintes où sont négociés les moyens d'augmenter la sécurité internationale. C'est en particulier le cas de la Conférence de Stockholm sur les mesures de confiance et de sécurité et sur le désarmement en Europe, conférence qui fait partie intégrante du processus d'Helsinki, de la CSCE. La Suisse a d'ailleurs déposé, avec les autres pays neutres et non alignés, le 15 novembre dernier, un projet de document final pour cette conférence. La conférence va se subdiviser en cinq groupes de travail dont les sessions devraient débiter dès le début de l'année prochaine. Quatre

pays neutres assumeront les tâches de présidence de groupe et la Suisse, pour sa part, présidera deux groupes qui apparaissent d'ores et déjà particulièrement délicats: le premier traite des contraintes, c'est-à-dire des mesures limitatives, et le deuxième concerne la vérification et le mécanisme de consultations sur la mise en oeuvre des mesures adoptées.

De plus, à Genève, au sein de la Conférence de l'ONU sur le désarmement, la Suisse participe aux travaux portant sur les questions de fond et non plus seulement sur les questions relatives aux armes chimiques, domaine auquel notre pays continue de vouer d'ailleurs une attention particulière. Nous avons avancé, dans cette conférence, des propositions concrètes concernant notamment des systèmes de contrôle ayant trait à une interdiction des armes chimiques. Tout ceci se fait malheureusement, comme vous le savez, en qualité d'observateur, sans droit de vote, puisque nous ne sommes pas membre de l'Organisation des Nations Unies.

De manière générale, on relèvera que la Suisse joue un rôle actif dans toutes les enceintes internationales du désarmement où elle est présente. Dans l'ensemble de sa politique, la Suisse entend agir en tant qu'Etat fermement attaché à des principes et à des valeurs fondamentales dont elle est persuadée qu'ils constituent des éléments importants du maintien de la paix. A cet égard, notre neutralité n'exclut pas un engagement déterminé de notre part en faveur des droits de l'homme et notamment dans le cadre de la CSCE, forum privilégié pour nous car situé en dehors des alliances militaires et au sein duquel les questions de respect des droits de l'homme sont débattues périodiquement, parallèlement et en étroite relation avec les questions intéressant la sécurité de l'Europe – je fais allusion ici à la troisième corbeille de l'Acte final d'Helsinki. Pour nous, en effet, il ne saurait y avoir de sécurité véritable sur notre continent, sans respect des droits de l'homme. Nous ne pouvons pas, en effet, imaginer la sécurité sans liberté et toute notre action au sein de la CSCE le prouve. La réunion d'Ottawa sur les droits de l'homme, celle de Budapest sur la culture qui vient de s'achever, se sont terminées sans document final. Mais nous avons, quant à nous, préféré ne pas avoir de document du tout plutôt qu'un mauvais document susceptible de remettre en cause les acquis d'Helsinki. La prochaine réunion de la CSCE, vous le savez, aura lieu à Berne, au printemps prochain, et portera sur les contacts humains. Nous espérons qu'à cette occasion l'esprit qui a présidé à la rencontre Reagan-Gorbatchev pourra se faire sentir.

Notre action ne se limite toutefois pas à la CSCE mais s'exerce aussi au sein du Conseil de l'Europe et pourrait s'exercer dans le cadre des Nations Unies. Je relèverai à ce propos que nous venons de signer la Convention des Nations Unies contre la torture qui sera soumise d'ici peu à votre approbation.

A ces activités dans le domaine multilatéral s'ajoutent les fréquentes démarches à caractère humanitaire que nous sommes amenés, comme par le passé, à effectuer par les canaux d'une diplomatie discrète. Cette attitude, qui nous est traditionnelle, s'est révélée efficace à maintes reprises. Je soulignerai ici les contacts que nous avons eus, par exemple, avec la Roumanie.

Ainsi, le rôle de pays hôte de réunions internationales, rôle que la communauté internationale reconnaît comme étant utile, ne constitue qu'un volet de notre politique de bons offices et qu'un aspect de notre politique étrangère. Notre contribution à la paix et à la sécurité, notre vocation internationale dans la défense des valeurs fondamentales dépasse de beaucoup la seule mise à disposition de notre territoire et se grandit des actions concrètes que nous sommes en mesure de prendre par notre participation à la vie internationale. C'est l'ensemble de ces activités qui contribuent au prestige de notre neutralité et c'est celle-ci, servie par notre volonté d'engagement, qui donne la mesure de la qualité de nos bons offices.

A mes yeux et en conclusion, nous pouvons dire que les résultats atteints au sommet de Genève ont correspondu, voire légèrement dépassé les attentes. Avant la rencontre, le

débat s'est trop souvent déplacé sur la place publique. Les rencontres étaient précédées par de fracassantes déclarations faites à la presse avant même que la réunion ait lieu alors qu'un effort de discrétion est mieux à même de faire avancer les choses.

Je voudrais peut-être ajouter une dernière remarque: pour un pays neutre tel que le nôtre, qui assiste souvent impuissant à la course aux armements, nous n'aimons pas voir dépendre notre sécurité du bon vouloir des seules deux super-puissances. Nous voulons et devons faire entendre notre voix. C'est dans cet esprit que nous agissons dans le cadre de la CSCE, comme je vous l'ai indiqué plus haut, et c'est dans cet esprit que nous pourrions également agir aux Nations Unies.

**Präsident:** Der Interpellant ist berechtigt, eine Erklärung abzugeben, ob er befriedigt ist oder nicht von der Antwort des Bundesrates.

**Jagmetti:** Ich danke Herrn Bundesrat Aubert für seine informativen und ausholenden Darlegungen zu unserer Menschenrechtspolitik. Ich danke im übrigen aber auch den 33 Mitunterzeichnern der Interpellation, die ihre Bereitschaft erklärt haben, das Thema hier aufzugreifen. Ich erkläre mich befriedigt und wünsche die Weiterführung unserer Politik der guten Dienste und der Menschenrechte. Wir sind damit leider noch nicht am Ziel.

#### *Diskussion – Discussion*

**Affolter:** Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten hat sich in ihrer letzten Sitzung unmittelbar nach dem Gipfeltreffen Reagan-Gorbatschow bereits über den Verlauf des Treffens orientieren lassen und sich mit den in dieser Interpellation aufgeworfenen Fragen auseinandergesetzt. Die Interpellation hat nun Gelegenheit geboten, die Folgerungen aus diesem Treffen für unser Land als Gastgeberstaat und für die Erbringung guter Dienste allgemein dem Plenum und einer weiteren Öffentlichkeit nahezubringen.

Diese Interpellation gibt aber auch Gelegenheit, etwas nachzuvollziehen, was ebenfalls zu den Pflichten eines korrekten Gastgeberstaates gehört, nämlich eine im Zusammenhang mit dem Gipfeltreffen ergangene Botschaft des amerikanischen Kongresses an die Schweiz zu verdanken und zu erwidern. Wie Sie wissen, hat Präsident Reagan Bundespräsident Furgler in Genf eine solche Botschaft überreicht. Den aussenpolitischen Kommissionen wurde sie zur Kenntnis gebracht; sie liegt heute auch allen Mitgliedern unseres Rates vor.

Mit der Antwort, die einer solchen Botschaft folgen muss, höflichkeitshalber, hat man sich hierzulande etwas schwer getan. Sie hat natürlicherweise vom Parlament und nicht vom Bundesrat auszugehen, weil sie auch vom amerikanischen Parlament beschlossen worden ist. Wir kennen aber keine Resolution, wenigstens vorderhand nicht, geschweige denn eine «Joint resolution» beider Kammern. Wir haben uns in der Kommission für auswärtige Angelegenheiten an der Sitzung zur Datenfestlegung kurz über diese Frage unterhalten und kamen zum Schluss, im Zusammenhang mit der vorliegenden Interpellation in einer Erklärung zu Protokoll diesen Dank niederzulegen. Das gleiche Vorgehen würde dann absprachegemäss auch der Nationalrat wählen bei der Behandlung einer Interpellation zum gleichen Thema.

Die Meinung wäre die, dass die Protokollauszüge unserer beiden Häuser dem amerikanischen Kongress zugeleitet würden. Es ist vielleicht von Interesse, dass auch die amerikanische «Joint resolution» nicht etwa vom Vereinigten Kongress beschlossen worden ist, sondern von beiden Kammern in individuellen Sitzungen.

Ich habe Ihnen einen Entwurf zu einem solchen Text unterbreitet. Der Rat könnte von diesem Text zustimmend Kenntnis nehmen. Er käme dann in das Protokoll des Ständerats und würde zusammen mit dem ähnlichen oder gleichen

Text des Nationalrats (Protokollauszug) dem amerikanischen Kongress zugeleitet.

Es wäre aber auch möglich, wenn formelle Schwierigkeiten gesehen würden, dass der Präsident unseres Rates beauftragt würde, im Sinne dieses Vorschlages, der Ihnen hier vorliegt, die «Joint resolution» im Namen des Ständerats zu verdanken, zusammen eventuell mit einer ähnlichen Erklärung des Präsidenten des Nationalrates. Auch das ist denkbar.

Es gehört zu den Geboten der Höflichkeit, dass wir in dieser Angelegenheit heute und jetzt etwas tun. Die Vereinigte Bundesversammlung ist für solche Geschäfte nicht zuständig. Die Geste der Höflichkeit hat von den Kammern auszugehen. Ich stelle es dem Rat anheim, welche Form gewählt werden soll.

**Muheim:** Der grundsätzliche Wille, diese noble Geste des amerikanischen Kongresses zu beantworten, ist das eine. Die redaktionelle Ausgestaltung des Textes und das dafür richtige Verfahren vor dem Parlament ist das andere. Wir müssen uns davor hüten, einfach etwas an sich Richtiges, auch von mir als etwas Gutes zu Bezeichnendes, in ungeeigneten Formen dem Parlament vorzutragen. Das Geschäft ist nicht entsprechend traktandiert: Wir können bei einer Interpellation keine Beschlüsse fassen. Wir können darüber zwar diskutieren, aber eine Willenserklärung des Ständerats ist einfach unmöglich. Dazu kommt – wie Kollege Affolter es bereits sagte –: Wir kennen das Instrument der Resolution nicht. Es wäre ferner durch die Kommission für auswärtige Angelegenheiten zu prüfen, wie wir das trotzdem korrekt einbringen können.

Wie wäre denn die Koordination mit dem Nationalrat zeitlich und inhaltlich gewährleistet? Am Schluss haben wir möglicherweise zwei unterschiedliche Beschlüsse, die dann im Raume stehen.

Schliesslich zum Vollzug: Ich glaube nicht, dass das Parlament durch den Präsidenten – es müsste schliesslich der Nationalratspräsident sein – dem amerikanischen Kongress eine offizielle Botschaft einfach zusenden kann. Das müsste über den Bundesrat geschehen. Das ist ein Akt der Aussenpolitik. Warum hat denn Herr Reagan diese Botschaft überbracht? Offenbar auch aus denselben Überlegungen, dass dort der Präsident diese Handlung für das Parlament zu vollziehen hat.

Schliesslich – das ist vielleicht das Wichtigste – das Problem der politischen Ausgewogenheit: Ich möchte wünschen, dass wir uns vergegenwärtigen, was es bedeutet, in dieser recht feierlichen Form zu antworten, und wie wir mit Stillschweigen darüber hinweggegangen sind, als schon der Oberste Sowjet der Sowjetunion eine Eingabe an uns richtete. Sie lag kurzerhand auf dem Tisch des Hauses auf. Ich möchte einfach wünschen, dass die an sich vom Anstand und von der Konvenienz her richtige Sache in einer Form geschieht, dass sich das Parlament nicht durch dieses Präjudiz für jede Zukunft festlegt. Es braucht für ein Parlament – nicht zuletzt für den Ständerat – die klare Erkenntnis, welche Kriterien wir in Zukunft handhaben werden, um in solchen Dingen zu reagieren.

Ich könnte mir vorstellen, dass sich die Kommission für auswärtige Angelegenheiten mit der Sache auch textlich befasst. Ich bin Mitglied dieser Kommission, im Moment noch Präsident. Die Kommission sollte frühzeitig im Besitze eines solchen Textes sein, um ihn zu beurteilen. Es genügt nicht, dass er eine Stunde vor der Beratung und Entscheidung im Plenum aufliegt.

Meine Auffassung ist, dass wir keinen Entschluss fassen können.

**Präsident:** Ich schlage Ihnen vor, dass wir das hier diskutierte Problem an die aussenpolitische Kommission zurückgeben und es dann später gegebenenfalls in geeigneter Form hier wieder behandeln.

Frau **Meier** Josi: Ich habe in diesem Zusammenhang nur einen Wunsch anzubringen. Ich setze voraus, dass ein

Schreiben, das Herr Reagan unserem Bundespräsidenten überbracht hat, vom Bundesrat ohnehin beantwortet wird, und ich wünsche, dass uns diese Antwort dann bekanntgegeben wird. Sie soll allenfalls dann auch für die Kommissionsarbeiten zur Verfügung stehen.

**Präsident:** Dieser Wunsch wird zuhanden des Bundesrats entgegengenommen.

Diese Interpellation wäre damit erledigt.

*Schluss der Sitzung um 12.25 Uhr*

*La séance est levée à 12 h 25*